

4 Tage Ausnahmezustand

Nachdem am 23. November die Bild-Zeitung mit dem Aufmacher „Neonazis ertränken Kind, und eine ganze Stadt hat es totgeschwiegen“ erschienen war, stand die Stadt Sebnitz vier Tage unter „Ausnahmezustand“. Nicht nur die Medien, auch Politiker machten in Empörung. Drei Jahre nach dem Tod von Joseph Kantelberg-Abdulla wurden drei Verdächtige festgenommen. Es gab zahlreiche Hinweise darauf, daß bei den polizeilichen Ermittlungen um die Todesumstände des Jungen geschlampt worden war. Das voyeuristische Interesse der Medien führte zu folgender Darstellung des Falles: Joseph Abdulla sei am 13. Juni 1997 im Sebnitzer Freibad von einem 50 junge Leute starken nazistischen Mob gequält und ermordet worden. Die drei verhafteten Sebnitzer Jugendlichen seien dabei die Rädelsführer gewesen, der eine habe dem Kind mit einem Elektroschocker Stromschläge verabreicht, eine andere habe ihm das Medikament Ritalin eingeflößt und sei noch auf dem leblosen Körper herumgesprungen.

An diese Art von Brutalität in anderen ostdeutschen Städten längst gewöhnt, war den deutschen Medien der eigentliche Skandal, daß an die 300 Badegäste zugehört oder nichts bemerkt haben sollen. In einem solchen Land wolle man nicht leben, schrieb der Berliner Tagesspiegel. Die Hamburger Morgenpost stellte in nie dagewesener Konsequenz sogar das seit 1989 laufende deutsche Projekt die Frage, indem sie zweifelte, ob das mit der deutschen Einheit wirklich so eine gute Sache gewesen sei. Auch die konsternierte Frankfurter Allgemeine Zeitung entdeckte die vor Ort herrschende Verdunkelungskumpanei und ließ sich zu der Bemerkung hinreißen, den örtlichen Behörden sei nicht zu trauen.

In einem Jungle-World-Dossier geht Georg Seeßlen der Frage nach, warum der Fall Sebnitz dieses Medien-Echo fand, wie aus einer „Nachricht“ über einen rassistischen Angriff, also einer Nachricht über etwas, was in Deutschland ständig mehr oder weniger beachtet vorkommt, eine „Geschichte“ wurde, die mehrere Tage die Berichterstattung bestimmte. Nach Seeßlen muß eine „Geschichte“ über zwei Qualitäten verfügen: sie muß „die Form eines Melodrams“ haben und „ihre Helden und Schurken müssen dem Mainstream kompatibel sein“. Seeßlen faßt zusammen, warum der Fall Sebnitz als „Geschichte“ geeignet war:

„Die melodramatische Erzählung musste den Meta-Politikern der ‚Mitte‘ gerade recht kommen. Es stimmte der Schurke (verrohte Jugendliche, denen das Nazitum eigentlich nur noch Beigeschmack war und deren Vernetzung zu irgendwelchen ‚alten Kameraden‘ und politischen Organisationen ausgeblendet gewesen wäre). Es stimmte der Hintergrund, jene gesellschaftliche Gleichgültigkeit, die sich als gefährlich für die soziale Beweglichkeit erwiesen hat. Es stimmte das Opfer: jenes Kind, das sich zum letzten Tabu der Bosheit eignet, das den Schnittpunkt von Brutalität und Sentimentalität besetzt. Eine Anne-Frank-Version des Opfers, von dem die ergriffenen Mainstream-Faschisten (nach Adorno) leicht behaupten: ‚Dieses Kind hätte man doch nicht töten sollen.‘ ... Die Nazis von Sebnitz hätte auch jener Mainstream hassen können, der dem Entsetzen ein überzeugtes ‚Beim Hitler hätt’s das nicht gegeben‘ nachzuschicken pflegt.“ (Jungle World 7/2001)

Der empathische Ordnungssinn der Anständigen fühlte sich durch die Sebnitzer herausgefordert. Zunächst schien sich ein Höhepunkt des Antifa-Sommers zu ereignen. Doch wurde der Fall Joseph in Sebnitz zu dessen Abschluß in vordergründiger Zerknirschung und tatsächlicher Erleichterung. Das Engagement der Anständigen fühlte sich jetzt von einer fanatischen Mutter mißbraucht und die kriminologische Neubewertung des Falls führte vor Ort von den drohenden Jugendlichen vor dem Haus der Familie Kantelberg-Abdulla zum dann offenen Hass des ganzen Ortes gegen die Familie.

Die damalige aufputschende Schlagzeile der Bild-Zeitung resultierte aus den Folgen einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, die die Untersuchungen im „Fall Joseph“ erst wieder in Gang gesetzt hatte. In der Studie heißt es, die Ermittlungen 1997 seien mit „Desinteresse und Unprofessionalität“ geführt worden. Das Gutachten trifft keine Aussage darüber, was geschehen ist, geht aber ausführlich auf die eidesstattlichen Versicherungen ein, die die Familie zusammengetragen hatte. Ende Juli wird die Expertise ans sächsische Innenministerium geschickt, von wo sie ans Justizministerium weitergeleitet wird und schließlich Ende September beim Generalstaatsanwalt in Dresden landet. Am 16. Oktober wird der erste Zeuge vernommen, er bestätigt – wie alle anderen Zeugen auch – seine Aussagen, die er zuvor gegenüber Frau Kantelberg-Abdulla gemacht hat. Die Haftbefehle werden erlassen, nach ihrer Vollstreckung erscheint Bild mit besagtem Aufmacher. Es folgen die vier Tage „Ausnahmestand“. Biedenkopfs Frau besucht unter Tränen einen Gedenkgottesdienst gegen Gewalt, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht „Mediengewalt“ genannt wurde. Schröder lädt die Sozialdemokratin Kantelberg-Abdulla nach Berlin ein. Doch der Termin des Besuchs bringt Schröder in Erklärungsnot, er vermeidet sorgsam jedes gemeinsame Bild mit der Familie. Die zur Schau gestellte Betroffenheit ist plötzlich nicht mehr opportun. Inzwischen forderte auch die örtliche SPD Frau Kantelberg-Abdulla auf ihr Stadtratsmandat abzugeben.

Die Wende

Der erste, der die Zeugen öffentlich für unglaubwürdig erklärt, ist der katholische Priester von Sebnitz, Norbert Mothes. Er äußert am Tag der Veröffentlichung durch Bild der Taz gegenüber den Verdacht, die Belastungszeugen seien unter psychischen Druck gesetzt worden. Am selben Tag noch widerspricht der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Renz dieser Vermutung, denn bei den Vernehmungen der Zeugen hätte sich nicht bestätigt, daß sie vorher unter Druck gesetzt worden seien. Doch am 26. November widerruft der erste Zeuge, nach Angaben der Staatsanwaltschaft wenig später alle anderen. Dies war die entscheidende Wende im Fall Sebnitz, alle Tatverdächtigen werden freigelassen, die öffentliche Meinung kippt um.

Der „Spiegel“ beschreibt die Vorgänge an jenem Tag, an dem die Bild-Zeitung mit der schockierenden Schlagzeile erschienen war: *„Am Nachmittag bestellen die Kriminalen einen der Hauptbelastungszeugen ... ins Dresdner Polizeipräsidium. Zunächst bleibt [er] bei der Mordversion, die er schon fünf Tage zuvor dem Ermittlungsrichter erzählt hat. Die Beamten lassen den Schüler spüren, daß sie ihm nicht glauben. Die Anwesenheit eines Psychologen bei der Vernehmung halten die Polizisten nicht für erforderlich. Daniel beginnt zu weinen. Er widerruft seine Aussage komplett.“*

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat die Atmosphäre beschrieben, in der diese Wende in Sebnitz vonstatten ging: *„Die abgebrühten Kids kennen die vermeintlichen Haupttäter. Rechte waren das bestimmt nicht, behaupten sie mit einem Gestus, der deutlich macht: Die kennen wir, das sind doch unsere Nachbarn hier. ‚Sonst ist auch der Weihnachtsmann ein Skin‘, sagt einer. Später erklärt uns die Frau eines Stadtrats, den wir befragen wollten, daß sie den vermeintlich stadtbekanntesten Neonazi seit Kindesbeinen kenne. Der sei bestimmt kein richtiger Rechter, eher ein bißchen unterbemittelt. Was aber ist ein ‚richtiger Rechter‘? Kurze Haare hätten doch viele – ‚Ihre sind ja auch nicht lang!‘, sagt sie lächelnd. Rechte gäbe es hier nicht mehr als anderswo. Das ist nun eine ziemlich relative Aussage, denn die Zahl der Rechten ist auch anderswo in der Umgebung beängstigend hoch.“*

Doch diese Beschreibung der Verhältnisse führt nicht zu kritischen Fragen über die plötzliche Wende des Falls. Vieles spricht für einen rassistischen Mord, nicht zuletzt die angeführten Entlastungsbeweise: Wenn die Zeugenaussagen mit Geld (die Summen, die bezahlt worden seien sollen, stiegen in den Tagen nach der Freilassung der Verdächtigen von

zehn auf dreihundert Mark) und Hustenbonbons erkaufte wurden, wieso entspricht dann deren Widerruf der Wahrheit? Gerade das geschlossene Vorgehen der Sebnitzer lässt den Verdacht aufkommen, dass die überwiegend jugendlichen Zeugen von allen Seiten zum Widerruf gedrängt, wenn nicht genötigt worden sein könnten. Nichts spricht dafür, daß die Behörden in diesem Fall die Wahrheit aufdecken – und doch warteten alle von links bis rechts auf das Ermittlungsergebnis. Auch nach dem nunmehr dritten Gutachten bleibt es der Familie, ihrem Rechtsanwalt und dem Betreuer Hajo Funke überlassen, die Aufklärung des Todes von Joseph einzufordern.

In großer Einigkeit in der Einschätzung, wo die Störenfriede zu suchen sind, erging die Aufforderung des Sebnitzer Stadtrat gegen die SPD-Abgeordnete Kantelberg-Abdulla am 17. Januar dieses Jahres, ihr Mandat im Sebnitzer Stadtrat niederzulegen, in einer Koalition von PDS bis DSU. Von der örtlichen PDS bis zu den Skinheads Sächsische Schweiz ist man sich einig: Eine Normalisierung **mit** ihnen ist nicht möglich. Inzwischen meldete auch der Spiegel, daß die Familie den Ort bald verlassen könnte. Eine Weitertreibung der Ermittlungen scheint angesichts der Feindschaft gegen die Familie vor Ort schon gar nicht möglich zu sein. So wird sich auch unsere Darstellung, entgegen dem ursprünglichen Vorhaben, auf die Sebnitzer Verhältnisse beschränken.

Bring the boys back home bzw. Pressegeier über Sebnitz

Nicht die Reaktionen auf die Bild-Schlagzeile waren „hysterisch“, wie der Spiegel glauben machen wollte, sondern allenfalls die Reaktion auf das Dementi. Wie weiland die Kollektivschuld-These von den Deutschen erfunden wurde, wurde die „Vorverurteilung“ eines ganzen Ortes frei erfunden. Ging es bei der Kollektivschuld-These darum, sich von ihr differenzierend abgrenzen zu können oder die in „Kollektivhaftung“ genommene Volksgemeinschaft des erklärten Nachfolgestaates des NS-Reiches aufstacheln zu können, ging es in Sebnitz darum einen vorauseilenden Freispruch zu fällen. Auch in der Jungle World herrschte der Eindruck vor, „die Sebnitzerinnen und Sebnitzer“ müßten sich „gegen den Vorwurf der Kollektivschuld“ zu wehren (50/00). Dabei wurde überall und sofort mit großem Eifer ermittelt bis nichts mehr übrig blieb. Nicht einmal mehr Skinheads soll es nun in Sebnitz gegeben haben oder geben. Der SS-Lieder grölende Hool zieht sich einen Norwegerpulli und eine abgewetzte Jeansjacke über und will sich für seine Morddrohungen gegen die Familie Kantelberg-Abdulla entschuldigen - in Form und Inhalt erahnend, daß ihm das rettende Opferkollektiv „Dorf“ nicht nur diesen scheinbaren „Ausrutscher“ verzeiht, um ihn schon am Morgen nach der Tat wieder einzugemeinden in die befreite Zone der Anständigen. Anders als bei vorangegangenen Kampagnen nach solchen Anschlägen aber geht es im Fall Sebnitz nicht mehr um die „abscheuliche Tat“, von der man sich abzugrenzen hat. Statt dessen soll man sich von „vorschnellen Urteilen“ und Rufmord distanzieren, so klagt Sebnitz denn auch auf Entschädigung wegen des erlittenen Schadens. Sebnitz wird zum Persilschein gegen eine angeblich exzessive Bereitschaft zur Selbstanklage. In der Folge werden mit dem Verweis auf Sebnitz rassistische und antisemitische Anschläge gar nicht erst öffentlich gemacht (z.B. Weiden, wo der Bürgermeister mit dem Verweis auf Sebnitz schwieg).

„Es ist zwar so, dass lieber einmal zu viel über einen schlimmen Verdacht berichtet werden muss. Es ist aber auch so, dass lieber einmal zu wenig vorschnelle Eindeutigkeit hergestellt werden darf.“ (taz, 2.12.00) So üben sich die deutschen Zeitungen in Selbstkritik und gestehen ein Quentchen zu bereitwillig ein, in den vergangenen Monaten den Bogen überspannt zu haben: als wären nicht sie es gewesen, die in den vergangenen Jahren jede Gelegenheit zur Entschuldung des deutschen Mobs genutzt hätten. Keine der künftigen faschistischen Gewalttaten wird sich dieser Logik entziehen können, die eben keinesfalls neu

ist, aber nun nicht mehr als unausgesprochen vorausgesetzte, sondern als explizit verabredete gelten kann, die je nach Lage des Falls mal angewendet wird, mal nicht.

Die Jungle World bringt es auf den Punkt: *„Die rassistischen Verhältnisse in der Sächsischen Schweiz sollen aber nicht wieder dazu führen, die Unschuldsvermutung zu missachten“*. (50/00). Dabei müßte es tatsächlich umgekehrt sein: die rassistischen Verhältnisse schließen eine Unschuldsvermutung eben doch aus. Der nachweisliche Mord ist ein Indiz für das zuspätkommen. In Gegenden, in denen der „Fall Joseph“ seit zehn Jahren kein Einzelfall ist, und wo die Bevölkerung sich seit 45 gegenseitig deckt, so dass die sizilianische omertà Dreck dagegen ist, da kann es nur eine kritische Schuldvermutung geben. Die „Unschuldsvermutung“ für ein rassistisches Kollektiv, das sich nur vom Wetter davon abhalten ließ, das Haus der Familie Kantelberg-Abdulla zu stürmen – das ist die Konsequenz aus jahrelanger Relativierung der deutschen Gegenwart, aus dem unbedingten Wollen zur konstruktiven Kritik, die den Osten nicht verloren geben will. Heute geht es um die Frage, ob wir den „Sebnitzerinnen und Sebnitzern“, ob wir einer beliebigen Bevölkerung in einem beliebigen deutschen Ort einen rassistischen Mord zutrauen. Diejenigen, die sich eine Intervention unter dieser Fragestellung nicht mehr vorstellen können, haben ihren Frieden mit den sebnitzdeutschen Verhältnissen gemacht.

Von der Opfergemeinschaft zum Aufstand der Anständigen

Im bereits erwähnten Text beschreibt Georg Seeblen den Übergang des Ortes Sebnitz als Ort der Unmenschen zur Gemeinschaft als verfolgende Unschuld so: *„Die Erzählung vom Zusammenstehen, ja von der Wiedererfindung der Dorfgemeinschaft im Allgäu funktioniert dabei vielleicht etwas einfacher als die Gegenerzählung von Sebnitz, die in ihre Wiedererfindung der ‚Gemeinschaft‘ gleich die rechte Mythologie mit einfließen lässt und exakt jene Entschuldungsrituale inszeniert, die wir aus der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ kennen. Aus der Erzählung der Schuld in Sebnitz wird die Erzählung der Unschuld von Sebnitz“*.

Ex-Innenminister und „Sachsens bekannteste Glatze“ Eggert, fungiert in diesem Zusammenhang als Vorreiter. Wenn er in diversen Talkshows im Zusammenhang mit Sebnitz von „innerdeutschem Rassismus“ spricht, betreibt er unter diesem Stichwort die Ehrenrettung der „national befreiten Zone“. Die Opfer wirklicher rassistischer Übergriffe, derer man sich nach Sebnitz zumindest am Rande erinnern könnte, dienen in Eggerts Fall höchstens als „Dauerrepräsentation unserer Schande“. Die konstruierte Abwehr vor denen da draussen, seien es „die Pressegeier“ respektive „arrogante Westmedien“ oder der „Gesinnungsjustiz“ treibt den verängstigten Ostdeutschen vom einzelnen Modernisierungsverlierer zur totalen Opfergemeinschaft.

Der Sebnitzer Selbstinszenierung haftet etwas unverkennbar Ostzionales an, und dennoch kann man das, was sich da in ostdeutschen Browntowns zusammenschließt, nicht einfach nur als „dumpf“, „provinziell“ oder „zurückgeblieben“ verharmlosen. Sebnitz steht auch für das auftrumpfende Wissen der Zonis, der ganzen Nation etwas mitzuteilen zu haben, für den Anspruch, die konsequentere zivilgesellschaftliche Avantgarde im vereinten Deutschland zu sein: engagiert Zusammenhalten, national zuverlässig und die Abwehr alles Fremden selbst in die Hand nehmend. Falsches Anspruchsdenken wie im Westen kennt man hier nicht, die Zonis behelfen sich mit weniger Staat und mehr direkter Demokratie, also mit noch weniger Sozialstaat und noch mehr freiwilliger Kontrolle.

Sie besetzen den Begriff Heimat ganz offensiv und präsentieren sich als Verantwortungskollektive, in denen Leistung, Stolz und Zusammenhalt zählen – ein durchaus vorwärtsweisender Beitrag zum viel beklagten „Reformstau“ der überlebten Bonner Republik. Und immer kommt die Bedrohung von außen. Waren es zunächst die Russen, die einen 40

Jahre „fremdbestimmten“ und mit ihrem bewaffneten Hinweis auf die Jahre 1933 bis 1945 die Freude am ungebrochenen Deutschsein vergällten, kommt die Bedrohung nun vor allem aus dem Westen: Rauschgift – hat es früher nicht gegeben; Kriminalität – daran sind die Ausländer schuld; Armut – die muß wenigstens mit Würde ertragen werden, und wer als obdachloser Säufer aus der Reihe tanzt, wird abgebrannt. Die öffentlich inszenierten Menschenjagden auf einen flüchtigen Sexualstraftäter in Brandenburg und Sachsen verbinden sich mit Forderungen nach lebenslänglicher Inhaftierung und (hinter halbvorgehaltener Hand) Schlimmerem, und der Verdacht, ein Sozialhilfebezieher könnte sich vorsätzlich den gemeinnützigen Zwangsarbeiten entziehen, führt zur öffentlichen Forderung nach dem Entzug der Lebenskarten. Den wahnhaft angenommenen Bedrohungen des Heimatstandorts steht ein ungeheures Strafbedürfnis zur Seite, das sie mit ihren westdeutschen Brüdern und Schwestern eint – das meint der Aufstand der Anständigen in Wirklichkeit.

In postfaschistischen Zeiten kann sich der Wille zur Volksgemeinschaft sogar am scheinbar widersinnigen Objekt, den aktiven Nazis selber, austoben, um dann wie selbstverständlich wieder zu Josef Abdulla, den Obdachlosen oder den Zecken zurückzufinden. Gerade der rasante Stimmungswechsel von einer bundesweiten Betroffenheitswelle über Sebnitz hin zum befreiten Durchatmen, als die Medien Entwarnung gaben, muß dabei zu denken geben. Denn die mediale Inszenierung des Mordes an Josef wurde von einem ganzen Volk von prospektiven Tätern, von „Anständigen“ also, die sich solche Morde gerade noch verbieten können, so miterlebt, als wünschte man sich geradezu, daß Josef in der von BILD beschriebenen Art tatsächlich umgekommen sei. Die voyeuristische Abscheu der ersten Sebnitz-Tage, die kollektiv nach Strafe lüsterne Berichterstattung vermochte schon damals kaum zu bemänteln, wie nahe sich die „Anständigen“ und die von ihnen darum nur kurzfristig zum Abschluß freigegebenen Sebnitzer in Wirklichkeit sind.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass das bruchlose Wechseln vom anständigen Deutschen zum Volksgenossen und zurück, den Sebnitzern im Gegensatz zu großen Teilen des Rests der Republik erheblich schwerer fällt. Zwar bemühte sich der – westdeutsche-Oberbürgermeister sehr darum, auch in Sebnitz so etwas wie eine „zivilgesellschaftliche“ Reaktion zu inszenieren. Doch die Bürgerinnen und Bürger machten nicht mit. Eine mehrfach angekündigte Lichterkette musste mehrfach wieder verschoben werden. Zu gross erschien den Verantwortlichen wohl das Risiko, die Sebnitzer/innen könnten auch bei dieser Gelegenheit aus der Rolle fallen. In Bürgerversammlungen musste zunächst der Dampf abgelassen werden. Ein 66-Punkte-Plan „Wie weiter in Sebnitz?“ wurde erstellt, die sächsische Landesregierung sagte ihre Hilfe bei der Aufpolierung des angeschlagenen Images der Stadt zu. Der Plan reicht von einer Schadensersatzklage gegen Bild bis zu einem Modelleisenbahnset „Sebnitz“. Anfang März fand dann schließlich die Kundgebung „Sebnitz gegen Gewalt“ statt. Der Bürgermeister hatte seinen Bürgern explizit zuvor versichert, daß diese nicht als Solidaritätsbekundung für Joseph Kantelberg-Abdulla und seine Familie verstanden werden dürfe. Vielmehr richte sie sich auch im Vorfeld der angekündigten Demo gegen jede Gewalt, also auch gegen das bereits als „öffentliche Hinrichtung“ empfundene Aufzeigen der Sebnitzer Verhältnisse, die lieber im unspektakulären Alltag ihre bekannten Wirkungen entfalten. Anders hätte man auch keine 500 (Tagesthemen) Menschen zur Kundgebung locken können, um zu beweisen, „dass wir in Sebnitz nicht das sind, für was man uns beinahe am 23. November letzten Jahres gerne für immer gebrandmarkt hätte“, so der Oberbürgermeister in einem „Bürgerbrief“ (SZ, 5.1.01). Das Bekenntnis „gegen Extremismus und Wegschauen, für Toleranz und Zivilcourage“ gerät zur Anklage gegen die Aufdeckung der Sebnitzer Verhältnisse und so beschreibt die Sächsische Zeitung die Stimmung in Sebnitz: „auf dem Markt ist Hass zu spüren gegen die Eltern des kleinen Joseph“. Die Sächsische Zeitung berichtet auch: „*Die Menschen dieser Stadt sind verletzt worden*“, sagt der Superintendent ...

Ein Transparent am Haus Markt 7 klagt: „Ein falsches Wort trifft wie ein Speer, zurück holt man es nimmermehr.“ Einige Sebnitzer Bürger fordern auf der Kundgebung auf ihre Art endlich Ruhe: Die Familie Kantelberg-Abdulla „*sollte die Stadt endlich verlassen.*“ (SZ, 5.1.01)

Warum in Sebnitz demonstrieren

Dem Sebnitzer Kollektiv haben wir nichts mitzuteilen, sie haben sich für ihren Standort entschieden und gegen die Kantelberg-Abdullas. Auch den Sachsen haben wir nichts mitzuteilen, sie haben sich zur All-Parteienkoalition aus Sebnitz-Deutschen zusammengeschlossen, von der NPD über CDU, SPD bis zur national verlässlichen PDS. Mit dieser Demonstration soll am Ort des Geschehens, das im Schwimmbad seinen Anfang nahm und im Triumph der rassistischen Bevölkerung über eine Familie, die nicht dazugehören soll, endete, dazu aufgestachelt werden, endlich jenseits falscher Rücksichtnahmen auf demokratische Bündnisse und ähnlichen Täterschutz eine Kritik an Verhältnissen, die in der Konsequenz auf Sebnitz hinauslaufen müssen, radikal und ohne Rückversicherung zu äußern. Wenn AntiFa Angriff heißen soll, dann muß das ein anderer Angriff sein als es vor dem vergangenen Sommer üblich war. Denn dieser Sommer hat ein gespenstisches Volksbündnis aller guten Deutschen gegen rechts beschert, das vielen konkreten Nazis zwar schadet, die gesellschaftliche Stimmung, die sie dauernd neu erzeugt, aber weiter befestigt. Die gesamte AntiFa-Bewegung und mit ihr die restliche radikale Linke steht seither völlig paralysiert vor antifaschistischen Großkundgebungen wie am 9.11.2000 in Berlin oder erst kürzlich in Cottbus. Wollen die einen aus narzißtischer Kränkung darüber, daß ihnen der Staat das Copyright klaut, schier nicht glauben, daß gegen Nazis künftig „hart durchgegriffen“ (Schröder) wird, haben andere längst die wohlfeile Gelegenheit erkannt, als staatlich bestellte Antifa-Referenten durch die Zone zu touren und so ihren Beitrag zum besseren Deutschland zu leisten. Als direkte Konsequenz der eigenen Affinität zur Staats-AntiFa war denn auch das sichere Wissen über die Zustände in Sebnitz wie weggeblasen, als das offizielle Dementi kam, und statt als Anlaß zur radikalen Kritik an einem rassistischen Kollektiv steht Sebnitz mittlerweile für den Beginn auch linker Verbrüderung mit den Rufgeschädigten.

Wenn AntiFa Angriff heißen soll, dann wird in Sebnitz, an diesem Symbol faschistischer Mordbereitschaft, nicht zwischen Nazis und Anständigen zu unterscheiden sein, nicht zwischen dumpfen Mordbrennern und zivilgesellschaftlich geläuterten anderen Deutschen, sondern die Nähe zwischen beiden Erscheinungen deutscher Staatsbürgermentalität muß ins Zentrum der Kritik. Dann ist Sebnitz auch der Ort, an dem die antifaschistische Linke den Bruch vollziehen muß mit ihrer fatalen Rolle als Wasserträger für ein moralisch anständiges Deutschland. Der deutschen demokratischen Logik sich zu widersetzen heißt zuallererst, nicht in die Rolle des Hobbykriminalisten zu schlüpfen, sondern ganz unjuristisch zu konstatieren: Weil der Weg von Hoyerswerda nach Sebnitz über Rostock, Mölln, Lübeck, Guben und und und ... immer über Leichen ging, hätte allen, die sich auch nur die Medienberichte über Sebnitz angesehen haben, klar sein müssen, daß, auch wenn ein rassistischer Mord an Joseph Abdulla nie nachgewiesen werden kann, in Sebnitz alle Voraussetzungen für eine solche Tat erfüllt sind. In einer fast ausländerfreien Gemeinschaft, in der es nur eine Meinung gibt und in der alle vom Stadtpfarrer bis zum Bürgermeister entgegen jeder Evidenz schwören: „Bei uns gibt es keine Nazis“ – in einer solchen Stadt hat ein Junge wie Joseph Abdulla keine Chance. Gerade dort, wo der gerühmte „Aufstand der Anständigen“ auf den Punkt kommt: in der offensiven Selbststilisierung der Täter als Opfer, muß die Kritik ansetzen. Denn der Schutz, den anständige Deutsche ihren prospektiven Opfern gewähren, ist die „Schutzhaft“, die ein Cottbusser Polizist einem bedrohten jüdischen Ehepaar in der Neujahrsnacht anbot. Der Schutz, den sie meinen, ist der der Deutschen vor allen, die nicht dazugehören sollen.

Im Konkurrenzkampf zwischen völkischen und „anständigen“ Deutschen positionieren wir uns nicht. Die Demonstration in Sebnitz richtete sich nicht gegen den rechten Rand, sondern gegen die demokratische Mehrheit der Deutschen. Diese hat sich ganz zurecht als Ziel gesetzt, daß auch ein Nazi in 20 Jahren Minister sein können müsse.

Die Demonstration in Sebnitz kommt spät. Doch angesichts der Indifferenz vieler Antifas gegenüber der Notwendigkeit in Sebnitz zu demonstrieren, ist es schon ein Erfolg, daß jetzt ein Bündnis von Gruppen aus Sachsen und der übrigen Bundesrepublik existiert, daß dem auch vorhandenen Unbehagen, daß die Mainstream-Antifa sich zu Sebnitz nicht verhalten hat, ein Ende setzen will.

Kein Fußbreit den Deutschen!